

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 2190 38/39
Telex: 866 846 pppn d

Inhalt

Klaus Immer MdB kommentiert das deutsch-österreichische Verhältnis im Lichte der WAA Wackersdorf: Atomprojekt keine bloß nationale Angelegenheit.

Seite 1

Dokumentation
Auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg sprach am 27. August der nicaraguanische Politiker Bayardo Arce, Mitglied der nationalen Leitung der sandinistischen Befreiungsfront, ein Grußwort. Wir dokumentieren es zusammen mit der Erwiderung des SPD-Politikers Hans-Jürgen Wischniewski im Wortlaut.

Seite 3

41. Jahrgang / 163

28. August 1986

Die WAA Wackersdorf ist keine bloß nationale Angelegenheit

Österreich hat mit seinem Verzicht auf Kernenergie ein Signal gesetzt

Von Klaus Immer MdB

Es gab bisher keinen Anlaß, akute Disharmonien zwischen den Kanzlern der beiden benachbarten Staaten auszuräumen. Eingedenk der fatalen Vergangenheit haben die früheren Kanzler - von Adenauer bis Schmidt - alles getan, um das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Österreich zu normalisieren. Dem Möchtegern-Kanzler Franz Josef Strauß blieb es vorbehalten, einen Streit vom Zaun zu brechen. Vielleicht leitete er dies von seinem, dem Großen Franz Joseph von Österreich, ähnlichen Namen ab. Ihm wäre es offenbar lieb, wenn Österreich eine Ostprovinz Bayerns wäre.

Aber Strauß stand nicht allein in seinem Bemühen, dem Nachbarland klarzumachen, daß die Bundesrepublik auch ein Wörtchen mitzureden hätte bei politischen Entscheidungen. Hatte nicht Kanzler Kohl ungefragt dem Wähler in Österreich klarzumachen versucht: Waldheim ist der beste Präsident!? Diese Einmischung hat dem deutsch-österreichischen Verhältnis - wie Adenauer sagen würde - „zutiefst geschadet“.

Worum geht es: Kern des Streites war und ist die Wiederaufarbeitungsanlage (WAA) im bayerischen Wackersdorf. Zuerst sperrten die weißblauen Grenzbeamten - natürlich auf Weisung der Bayerischen Staatsregierung - die österreichischen Protestler aus. Sie durften nicht friedlich demonstrieren, obwohl es keine Chaoten, sondern katholische Priester, Nonnen und Ärzte waren, sehr zum Leidwesen der Propagandisten der Bayerischen Staatsregierung. Und dann versuchte es der zuständige Minister, eingeladen zu einer Protestkundgebung. Ihn würde man doch nicht auch so abfertigen, wie die Protestler von jenseits der Grenze! Weit gefehlt: Die Bayerische Staatsregierung scheute sich nicht, bei Bundesaußenminister Genscher anzufragen, welche Möglichkeiten es gäbe, um die-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus 1/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
inkl. zuzügl. MwSt und Versand.

Herstellung/Druck
mit umweltfreundlicher
Recycling-Papier



sen unliebsamen „brüderlichen“ Gast zu hindern, an einer Protestkundgebung gegen die WAA teilzunehmen. Wie ein Elefant im Porzellanladen walzte er die bisher freundschaftlichen Beziehungen nieder. Er drohte mit einem Fremdenverkehrsboykott.

Das konnte natürlich dem ständigen Österreich-Urlauber Kanzler Helmut Kohl nicht recht sein. Wackersdorf hin - Wackersdorf her, er wollte sich seinen Urlaub nicht vermiesen und seinen Urlaubsort von Franz Josef Strauß nicht vorschreiben lassen. Also beschloß er, ein bilaterales Spitzengespräch mit seinem Kanzlerkollegen Vranitzki zu führen.

Im Fernsehen gab es rührende Bilder im Grünen: Der ewig lächelnde Kanzler Kohl, daneben der unbewegt ernsthafte Kanzler Vranitzki, selbstbewußt, dynamisch, und - wie es der Tradition der österreichischen Diplomatie entspricht - konziliant, aber hart und unberührt von wolkigen Erklärungen, wie sie Helmut Kohl eigen sind („unter Brüdern darf es doch keinen Streit geben“).

Nein, Wackersdorf ist keine Bagatelle, keine Angelegenheit, die mit Freundlichkeiten überspielt werden kann. Wackersdorf ist ein Signal für die Absicht der Bundesrepublik Deutschland beziehungsweise ihrer Regierung, die Atomenergie-Politik ad Infinitum, oder anders ausgedrückt - bis zum vermeidlich tödlichen Ende weiter zu betreiben.

Wenn auch Vranitzki dem Kollegen Kohl zugestanden hat, daß die Entscheidung über die WAA allein in die nationale Zuständigkeit fällt, so hat er doch unmißverständlich die universale Verantwortlichkeit dargelegt. Helmut Kohl hat offensichtlich - um Franz Josef Strauß nicht ganz zu verprellen - so getan, als ob es keine Katastrophe von Tschernobyl gegeben hätte. Er geht - naiv wie er in diesen Fragen ist - offenbar davon aus, daß im Blick auf Österreich keine Gefahr bestehe, da im Zweifelsfalle - wie beim GAU von Tschernobyl - der Wind aus Osten wehen werde.

Nein, für die Gegner der Atomenergie ist das Gespräch zwischen den Kanzlern ein wichtiges Datum. Denn es wurden eindeutig zwei unvereinbare Standpunkte klar:

1. Die CDU/CSU setzt weiterhin auf die Kernenergie als wichtigste Energiequelle ohne Rücksicht auf die Risiken für die Menschen in der Bundesrepublik und ganz Europa. Wackersdorf wird damit zum Symbol der Unbelehrbarkeit, oder gar der Katastrophensucht.
2. Die österreichische Nation verzichtet in Zukunft - gemäß dem Volksentscheid - auf die Kernenergie und beweist damit, daß auch einzelne Staaten sich durchaus aus dem Teufelskreis ausklinken können. Die österreichische Regierung hat Recht, wenn sie durch ihren Kanzler Vranitzki signalisiert: Die WAA Wackersdorf ist eine nationale Angelegenheit der Bundesregierung - und Kohl hat recht, wenn er sagt, daß Wackersdorf keine bayerische Sache sei. Die WAA ist eine europäische Angelegenheit.

Der Verzicht der Österreicher auf die künftige Nutzung der Atomenergie ist ein Signal gegen die Unbelehrbarkeit der Bundesregierung, die seit Tschernobyl nichts dazugelernt hat. Das Signal heißt: Keine müde Mark mehr für den Ausbau der Atomenergie - alle Mittel für Forschung und Aufbau alternativer Energien.

(-/28.8.1986/rs/ks)

* * *



DOKUMENTATION

Bayardo Arce: Wir wollen ein Nicaragua ohne Leid

Auf dem SPD-Parteitag in Nürnberg sprach am 27. August der nicaraguanische Politiker Bayardo Arce, Mitglied der nationalen Leitung der sandinistischen Befreiungsfront, ein Grußwort. Wir dokumentieren es zusammen mit der Erwiderung des SPD-Politikers Hans-Jürgen Wischniewski im Wortlaut.

Es ist für uns Sandinisten und für das ganze Volk Sandinos eine Ehre, Euch auf Eurem wichtigen Parteitag zu begleiten. Die Einladung, heute mit Euch zu sein, ist für uns eine weitere Geste der Freundschaft der deutschen Sozialdemokraten mit unserer lateinamerikanisch orientierten Revolution in Nicaragua.

Für das nicaraguanische Volk ist die internationale Solidarität heute mehr denn je eine moralische Unterstützung von lebenswichtiger Bedeutung. Diese Solidarität, zusammen mit unserer Opfer- und Kampfbereitschaft, wird den Frieden ermöglichen, den alle Mittelamerikaner so sehr wünschen, um den Problemen der Unterentwicklung und der Armut, die seit Jahrhunderten auf uns lasten, zu begegnen.

Auf der Suche nach Gerechtigkeit, Freiheit und einem würdigen Frieden haben wir Nicaraguaner während 40 langer Jahre somozistischer Diktatur fast 100.000 Menschenleben opfern müssen, einer Diktatur, die am 19. Juli 1979 ein Ende fand. Leider war der Preis, den wir gezahlt haben immer noch nicht hoch genug und so leiden wir bereits seit fünf Jahren unter den Auswirkungen eines ungerechten und grausamen Krieges, der uns aufgezwungen wird.

Sieben Jahre ist unsere Revolution erst alt und in den letzten fünf Jahren haben wir mehr als 30.000 Nicaraguaner sterben sehen müssen. Die materiellen Schäden belaufen sich auf mehr als 2,5 Milliarden US-Dollar, was mehr ist als die gesamten Exporterlöse des Landes in sieben Jahren Revolution. Man hat uns unsere Häfen vermint, unsere Treibstofftanks, unsere Flughäfen und Grenzposten bombardiert. Es wurde eine Handels- und Wirtschaftsblockade gegen uns errichtet. Man hat uns Schulen, Gesundheitszentren, landwirtschaftliche Kooperativen und große Ländereien zerstört, um Terror und Verzweiflung zu säen in unserem leidgeprüften Vaterland.

Welche Sünde haben wir begangen, welches Vergehens machen wir uns schuldig? Das Einzige, was wir, wie jedes andere Land der Dritten Welt tun, ist, einen Weg zu suchen, der uns aus Elend und Ausbeutung hinausführt.

Wir werden bestraft, weil wir eine ganz eigenständige und einmalige Revolution zugunsten der Arbeiter und armen Menschen in unserem Land machen wollen. Eine Revolution, wo die Macht in den Händen des Volkes liegt, die aber auf einem gemischten Wirtschaftssystem basiert und es zuläßt, daß die Privatunternehmer mehr als 60 Prozent der Wirtschaft des Landes kontrollieren. Eine Revolution, die den politischen Pluralismus fördert und die Existenz 14 rechtmäßig anerkannter Parteien unterschiedlichster politischer Couleur erlaubt. Eine Revolution, die darum bemüht ist, blockfrei zu sein und allen Ländern der Welt die Hand zur Freundschaft entgegenstreckt, unabhängig von der Ideologie der Regierungen, um so Beziehungen des gegenseitigen Respekts und ohne Bedingungen aufzubauen.

Wir werden bestraft, weil wir unser Volk alphabetisieren, weil wir Erziehung und Gesundheit für alle kostenlos gewährleisten, weil wir den Landarbeitern mehr als 30 Prozent der bebaubaren Erde des Landes übereignet haben, weil wir den Arbeitern Wohnmöglichkeiten schaffen wollen, weil wir die gewerkschaftliche Freiheit geschaffen haben und weil wir die ersten freien Wahlen in unserer Geschichte durchführten, die es heute möglich machen, die erste Verfassung für das Volk zu erarbeiten.



Es ist möglich, daß wir Fehler begangen haben. Aber wer würde sie nicht begehen in einer derartig bedrängten Lage, unter solchem Druck und solchen Aggressionen, denen wir ausgesetzt sind?

Vielleicht waren unsere Antworten manchmal zu radikal gegenüber jenen, die von außen und von innen versuchen, dieses Werk zu zerstören, das sich einzig und allein von dem Gedanken leiten läßt, die Lebensbedingungen unseres Volkes zu verbessern. Aber wir bemühen uns und wir werden auch weiterhin alle nur erdenklichen Anstrengungen unternehmen, damit wir Nicaraguaner den Weg des Friedens, der Gerechtigkeit und der Freiheit, für den wir so viele Jahre gekämpft haben, finden werden. Deswegen haben wir die Friedensinitiative der Contadorgruppe gefördert und werden sie auch weiterhin unterstützen. Deswegen haben wir - in der Hoffnung, daß Recht mehr gelte als Taten - den Internationalen Gerichtshof in Den Haag angerufen.

Der Präsident von Nicaragua hat Anfang des Monats während seiner Reise durch die Vereinigten Staaten, als einen Beitrag zum Frieden, einen Vorschlag mit acht Punkten formuliert:

- Eine Einladung an den Präsidenten der Vereinigten Staaten, Nicaragua zu besuchen.
- Mittelamerika zu einer international anerkannten und geschützten entmilitarisierten Zone des Friedens zu machen, sowie ein gemeinsames Grenzpatrouillensystem mit Honduras und Costa Rica vorzusehen.
- Die Fortführung der Contadorverhandlungen, um bis zum 15. September, des Jahrestag der Unabhängigkeit Mittelamerikas, die Unterzeichnung der Friedensakte zu erreichen.
- Die Bitte an die Vereinigten Staaten, sich an das Urteil des Internationalen Gerichtshofs in Den Haag vom 27. Juni 1986 zu halten.
- Die Aufforderung an die Herausgeber der Zeitung „La Prensa“, ihre Verbindungen zu jenen abzubauen, die den Krieg gegen Nicaragua anleiten und finanzieren, und sich an die gesetzlichen Bestimmungen des Landes zu halten, um so die vorläufig gegen diese Zeitung ergriffenen Maßnahmen noch einmal überdenken zu können.
- Eine Einladung an den Vatikan in konstruktiver Weise über die Beziehung Kirche-Staat zu diskutieren, und, um diese Absicht zu bekräftigen, die Aufforderung an die Bischofskonferenz von Nicaragua, den Dialog mit der Regierung wieder aufzunehmen.

In diesem Geiste und um noch mehr Schmerz und Leid zu verhindern, hat unsere Regierung die ausländischen Entwicklungshelfer darum gebeten, uns in Gebieten zu helfen, wo ihnen keine Gefahr droht - was für die meisten Gebiete des Landes zutrifft - und wo wir ebenso dringend ihre Hilfe benötigen.



Obwohl vor kurzem die derzeit in den Vereinigten Staaten Regierenden mehr Mittel für den Krieg bewilligt haben und nun bereit sind, Militärberater für die Konterrevolutionäre in die Region zu entsenden, die Frauen, Kinder und schutzlose Menschen in Nicaragua ermorden, ist unsere Antwort darauf, den Frieden zu suchen.

Wir wollen ein Nicaragua ohne Leid. Wir wollen ein Mittelamerika, das nicht mit der Angst leben muß, ein neues Vietnam zu werden. Wir wollen, daß unsere Freunde aus allen Ländern der Welt zu uns kommen, um mit uns gemeinsam Schulen und Kinderspielplätze zu bauen, ohne befürchten zu müssen, daß sie entführt oder ermordet werden.

Wir wollen eine Revolution, in der Demokratie herrscht, eine Revolution, die uns Nicaraguanern auf der Suche nach einer besseren Zukunft für unsere Arbeiter und die armen Menschen in unserem Land alle vereint.

Wir möchten Euch unsere brüderlichen Grüße übermitteln und Euch Erfolg für Eure politische Zukunft wünschen. Wir möchten Euch aber zugleich sagen, liebe sozialdemokratischen Freunde in der Bundesrepublik, daß wir hoffen, weiterhin auf Euch rechnen zu können, sei es aus der Regierungsverantwortung heraus oder aus den bereits von Euch regierten Bundesländern, sei es aus dem Parlament, den Gewerkschaften oder den Universitäten heraus.

Mit unserer Bereitschaft, ein freies Vaterland zu haben oder den Tod zu erleiden, und mit der wirksamen und tatsächlichen Solidarität wird es ein neues Nicaragua in Frieden, ein pluralistisches und blockfreies Nicaragua geben.

Vielen Dank!

Hans-Jürgen Wischnewski: Solidarität von entscheidender Bedeutung

Lieber Bayardo Arce! Liebe Genossinnen und Genossen! Ich danke unserem Freund Bayardo für seine Rede an den Parteitag, und wie ich meine, an die europäische Öffentlichkeit von ganzem Herzen und sage ihm: Die Solidarität der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu Nicaragua steht ohne jeden Zweifel.

Gerade in dieser Zeit ist die Solidarität zu Nicaragua von ganz, ganz entscheidender Bedeutung, besonders nach den Entscheidungen, die in den Vereinigten Staaten gefallen sind. Unsere Solidarität ist immer mit einem kritischen Dialog verbunden. Ich glaube, das ist unter guten Freunden eine Selbstverständlichkeit.

Ich bedanke mich aber auch dafür, daß die Verantwortlichen in Nicaragua die Entscheidung gefällt haben, daß die Aufbauhelfer nicht mehr in den besonders gefährdeten Gebieten arbeiten. Es gibt riesengroße Gebiete in Nicaragua ohne Gefährdung mit vielen Projekten, in denen gearbeitet werden kann. Wir als Partei arbeiten ja mit, daß Leute nach Nicaragua gehen. Wer das tut, hat natürlich auch einen Teil Verantwortung. Wir sind deshalb für diese Entscheidung dankbar.

Ich habe auch für die hervorragende Zusammenarbeit und für die Leistung von eurer Seite zu danken, die wir im Juni erlebt haben. Das sage ich besonders meinem Freund José Passos, mit dem ich 14 Tage und Nächte unterwegs gewesen bin, als es darum ging, acht junge Bundesbürgerinnen und Bundesbürger: acht Aufbauhelfer, von den Contras zu befreien. Diese Zusammenarbeit war hervorragend. Vielen herzlichen Dank dafür.

Ich danke auch dafür, daß Bayardo Arce sehr bewußt die acht Punkte in seine Rede aufgenommen hat. Ich kann sagen: Wir Sozialdemokraten können von ganzem Herzen und wollen mit aller Kraft diese acht Punkte unterstützen. Wir würden uns freuen - ich sage das aus bestimmtem Anlaß - wenn der achte Punkt, der hier vorgetragen worden ist: der Dialog mit der katholischen Kirche, so bald wie möglich beginnen kann, zu einem guten Ergebnis führt und damit hoffentlich einen wesentlichen Beitrag für den inneren Frieden leisten kann.

Liebe Genossinnen und Genossen, einige CDU-Leute wollen uns anhängen, mit unserer Haltung gegenüber Nicaragua nähmen wir eine antiamerikanische Haltung ein. Deshalb sage ich heute gern ein Wort dazu.

Liebe Genossinnen und Genossen, wer völkerrechtswidrig Häfen vermint und damit Menschen gefährdet, der handelt antiamerikanisch; denn er gefährdet das Ansehen der Vereinigten Staaten in der Welt.

Wer über den Internationalen Gerichtshof sagt: „Die können entscheiden, was immer sie wollen: Wir werden das nicht akzeptieren“, der handelt antiamerikanisch; denn er schädigt das Ansehen der Vereinigten Staaten in der Welt.

Und wer in Libyen mit Bomben gegen Terror vorgeht, aber in Nicaragua den Terror - denn das sind die Methoden der Contras: Mord und Entführung, das sind typische Terrormethoden - finanziert, liebe Genossinnen und Genossen, der handelt antiamerikanisch, weil er das Ansehen der Vereinigten Staaten schädigt.

Wir wünschen den Menschen in Nicaragua den Frieden. Wir grüßen auch solidarisch all diejenigen in den Vereinigten Staaten, die ähnlich denken wie wir. Es gibt viele Antiamerikaner in den Vereinigten Staaten.

(-/28.8.1986/rs/ks)

* * *